

Werner Ruf

Identität und Integration - islamische Staatsbürgerschaft in Frankreich.¹

Erschienen in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 5/2002, S. 594 - 601.

Die Schätzungen der in Frankreich lebenden Muslime schwanken zwischen 3,5 und 5 Millionen. Damit ist der Islam vor dem Protestantismus und dem Judentum die zweitgrößte Religion Frankreichs. Zugleich zeigt diese vage Zahl die ganze Komplexität der statistischen Erfassung der „aus der Immigration hervorgegangenen“ Bevölkerungsteile Frankreichs (wo eben nicht von „Ausländern“ die Rede ist) vor dem Hintergrund des säkularen französischen Staatsverständnisses und seines bis vor kurzem ausschließlich auf dem *ius soli* basierenden Staatsangehörigkeitsrechts: Aufgrund der radikalen Trennung zwischen Staat und Kirche gibt es keine offiziellen Statistiken der Religionszugehörigkeit, geschweige denn eine Kirchensteuer, die es ermöglichen würde, die Zahl der Gläubigen festzustellen. So muss sich die Schätzung dieser „soziologischen Muslime“ auf so ungenaue Kriterien stützen wie die Herkunft oder die Abstammung.

Solche Kategorisierung nichts aus über die religiöse Praxis oder Identifikation der Menschen mit einer Religion, einer Kultur, einer Nation. Bedenkt man beispielsweise, dass etwa 50% der in Frankreich lebenden Menschen algerischer Abstammung sog. Mischehen eingehen und dass – auch nach der Reform des französischen Staatsangehörigkeitsrechts – jedes in Frankreich geborene Kind von Eltern, die vor 1962 (Jahr der Unabhängigkeit) in Algerien lebten, automatisch bei der Geburt die französische Staatsangehörigkeit erhält, aber dass Algerier, die vor 1962 in Algerien geboren wurden, bis 1998 ihre „Wiedereingliederung“ nach Frankreich, also die Rückkehr zur französischen Staatsangehörigkeit, beantragen konnten, dann wird die Gemengelage dieser ethno-religiöse Unübersichtlichkeit erst richtig deutlich und die ange-

¹ Die folgenden Überlegungen und Thesen sind zu weiten Teilen Resultat eines Forschungsprojekts am Institut Français des Relations Internationales unter der Leitung von Rémy Leveau und Khadija Mohsen-Finan. Das Forschungsvorhaben zum Thema „Neue Europäische Identität und Staatsbürgerschaft“ wurde von der Ford Foundation unterstützt. Erste Ergebnisse erschienen in: Werner Ruf / Cathérine Wihtol de Wenden (Hrsg.): „Regards Croisés. France-Allemagne“ in: *Hommes&Migrations* Nr. 1223, Jan./Febr. 2000, und in: Leveau, Rémy / Mohsen-Finan, Khadija / Wihtol de Wenden (Hrsg.): *L’islam en France et en Allemagne*, Les Etudes de la Documentation Française, no. 5138, Paris 2001.

nommene Zahl der in Frankreich lebenden „Muslime“ zu einer mehr als relativen Größe. Eingegangen werden soll im Folgenden vor allem auf die algerische Immigration nach Frankreich, da diese Gruppe mehr als die Hälfte aller Migranten ausmacht, und zwar ohne dass in dieser Gruppe die *harki* und ihre Nachfahren erfasst wären. Die *harki* waren algerischen Hilfstruppen, die während des Algerienkrieges auf Seiten Frankreichs kämpften. Entgegen den Versprechungen der französischen Regierung wurden sie nur zu geringen Teilen nach Ende des Algerienkrieges nach Frankreich verbracht. Die meisten von ihnen fielen der z.T. bestialischen Rache der algerischen Befreiungsfront zum Opfer. Bis heute leben diese Menschen und ihre Nachfahren in oft erbärmlichen Lagern, von den algerischen Immigranten werden sie gemieden. Zu der algerischstämmigen Immigration kommen hinzu etwa 800 000 Marokkaner, 500 000 Tunesier, etwa 500 000 Türken und rund 500 000 Muslime, die aus Westafrika oder dem Raum des Indischen Ozeans stammen.

Das Territorialprinzip hat nicht nur die algerische bzw. algerisch-stämmige Bevölkerung zu einem wichtigen Bestandteil der französischen Bevölkerung gemacht hat, sondern auch große Gruppen aus den französischen Überseeterritorien, den *Territoires* und *Départements d'Outre-Mer* (TOM/DOM) und teilweise auch aus dem Senegal, wo Port St. Louis Ende des 19. Jh. zu Frankreich gehörte. Frauen, die dorthin wanderten, um ihre Kinder zu gebären, verschafften ihnen dadurch die französische Staatsangehörigkeit. Ein weiterer wichtiger Unterschied zu Deutschland ist in Frankreich (und in Großbritannien) die Tatsache, dass die Immigration eine Folge der Kolonisation ist. Diese historische Dimension spielt eine zentrale Rolle sowohl für die Selbst- wie für die Fremdwahrnehmung der Migranten, aber auch für das Verhältnis zwischen der immigrierten Minderheit und der Mehrheit: Hier sind zumindest unterschiedlichste Verletzungen, Minderwertigkeits- und Überlegenheitsgefühle in den jeweiligen Kollektiven noch lebendig und werden zur Identitätsbildung wie zur Ein- und Ausgrenzung oft in rassistischer Weise instrumentalisiert. Solche Kategorisierungen sind umso einfacher, weil die Immigranten in ihrer großen Mehrheit am unteren Ende der sozialen Rangskala stehen.

Wie Ausschluss und Diskriminierung zur Identitätsbildung beitragen zeigt in geradezu paradigmatischer Weise das Beispiel der französischen Kolonisation (1830–1962) in Algerien:²

² Zur Herausbildung der algerischen nationalen Identität in der Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus s. ausführlich: Ruf, Werner: Die algerische Tragödie. Vom Zerschneiden des Staates einer zerrissenen Gesellschaft, Münster 197.

Dieses Gebiet wurde von Frankreich rechtlich nicht als Kolonie verwaltet, sondern galt als territorialer Bestandteil des „Mutterlandes“. Also waren die Algerier französische Staatsangehörige. Folgerichtig war der Unterricht in arabischer Sprache untersagt, eine algerische Geschichte gab es nicht. Um jedoch den Algeriern nicht auch die Bürgerrechte zu gewähren wurden sie einem muslimischen Rechtsstatut (*statut musulman*) unterstellt, das den muslimischen Algeriern den Erhalt von Teilen des muslimischen Privat- und Erbrechts sicherte, sie aber von den bürgerlichen Rechten, insbesondere vom passiven und aktiven Wahlrecht ausschloss: Sie waren französische *sujets*, Untertanen, nicht aber *citoyens*, Staatsbürger. Zu erwähnen ist, dass ein solches Statut auch für die israelitischen Einwohner Algeriens galt. Sie wurden allerdings durch das *Décret Crémieux* (1870) französische Vollbürger, obwohl sie ihre religiös bedingten Sonderrechte beibehalten durften. Dies hatte schlimme rassistische Reaktionen seitens der französischen Siedler zur Folge, vergiftete aber zugleich das bis dahin gute Verhältnis zwischen algerischen Juden und Muslimen – mit z.T. bis heute nachwirkenden Folgen für das Zusammenleben beider Gemeinschaften in Frankreich.

Es war gerade diese Ausgrenzung der Muslime und ihre Diskriminierung mit Hilfe der Religion, die Verweigerung des Erlernens ihrer angestammten Sprache, die dann zum Kern des nationalistischen Programms im Kampf gegen die Kolonialmacht erhoben wurden: „Arabisch ist meine Sprache, der Islam meine Religion, Algerien meine Vaterland.“ Damit wurde spätestens in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts klar: Nicht die von Frankreich lange verweigerte Assimilation war das Ziel, sondern die Gleichberechtigung in der Differenz. Deren Ablehnung durch Frankreich, die ökonomischen, sozialen und politischen Diskriminierungen durch die Kolonisation führten schließlich zum Aufstand des 1. November 1954, der in den blutigen Unabhängigkeitskrieg mündete. Der Islam und die von der Mehrheit der Nationalisten geforderte Arabisierung wurden so zur Grundlage einer neuen, die koloniale Diskriminierung durch Frankreich kompensierenden Identitätsvorstellung. Gerade die Sprachenfrage ist bis heute eine Algerien belastende historische und ideologische Hypothek.³

Dieser Gegensatz darf aber nicht als feste statische Größe verstanden werden, er ist oft fließend und hängt ab von politischen Entscheidungen (wie etwa der Konsequenz mit der die

³ Hinter dem Sprachenkonflikt zwischen der berbersprachigen Kabylei und dem aus politischen Gründen vorangetriebenen Arabisierungsprogramm stehen allerdings auch sozio-ökonomische Probleme, deren Ursprünge gleichfalls teilweise auf die Kolonialzeit zurückreichen, die teilweise dadurch eine soziale und politische Dimension erhalten, dass die Beherrschung der Amtssprache auch wichtige Zugangsvoraussetzung zu Positionen in der Administration ist: Die Arabisierung der Verwaltung diskriminiert die Kabylen, deren Verkehrssprache meist das Französische ist.

Arabisierung umgesetzt wird) und vor allem von sozialen und ökonomischen Entwicklungen. Und er war immer auch mit der Migration verbunden, da die äußerst dicht besiedelte Kabylei die ersten Kontingente und eine überproportional hohe Zahl von Migranten stellte. Historisch begann die algerische (und zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch sehr geringe tunesische, marokkanische und schwarzafrikanische) Immigration nach Frankreich mit dem 1. Weltkrieg. Damals waren gewaltige Kontingente von Männern aus den Kolonien für die Schlachten in den Schützengräben des Krieges zwangsmobilisiert worden. Von den Überlebenden blieben viele in Frankreich, wo sie als Lohnarbeiter ein Auskommen fanden. Vor allem Algerier, die sich in der kommunistisch orientierten Gewerkschaft CGT organisierten, dort aber ihre kulturelle und nationale Identität betonten, wurden wegen „anti-internationalistischer Umtriebe“ ausgeschlossen, gründeten deshalb ihre eigene syndikalistisch-politische Vertretung, den „Nordafrikanischen Stern“, der die Keimzelle der späteren nationalistischen Bewegung wurde.

Nach der Unabhängigkeit Algeriens schwoll die Immigration nach Frankreich aufgrund sozialer und ökonomischer Probleme in Algerien fast schlagartig an. Eine qualitative Wende trat (wie auch in der Bundesrepublik) im Jahre 1973 mit dem in beiden Ländern fast zeitgleich verfügten Einwanderungsstopp ein: Statt Rückkehrprämien anzunehmen, holten die Migranten ihre Familien nach. Aufgrund des geltenden Staatsangehörigkeitsrechts war es zumindest für die Algerier und ihre Familien unproblematisch, die französische Staatsangehörigkeit zu erhalten oder anzunehmen. In den Trabantenstädten der französischen Vorstädte, wo Delinquenz und alltäglicher Rassismus an der Tagesordnung sind, entstand parallel zu diesen sozialen Problemen eine neue und eigenständige französische Identität der *beur* (aus der Umkehrung der von den Mehrheitsfranzosen benutzten Fremdbezeichnung *arabe*, verkürzt '*rab*'), versetzt mit Elementen der eigenen algerisch-arabischen und auch berberischen Kultur, zu der vor allem der *rai* als eigener und zunehmend auch in der Mehrheitsgesellschaft akzeptierter Musikstil gehört. Diese Identität hat zunächst wenig zu tun mit den Staatsangehörigkeiten dieser „aus der Migration hervorgegangenen“ zweiten und dritten Generation: Sie sind Franzosen, haben aber aufgrund des die Patrilinearität zugrunde legenden Staatsangehörigkeitsrechts der arabischen Staaten zugleich oft auch die algerische (bzw. tunesische oder marokkanische oder senegalesische etc.) Staatsangehörigkeit. Diese fast generell geltende „nationale Bigamie“ stellt nicht nur für die Individuen kein Problem dar, sie wird von beiden Staaten stillschweigend akzeptiert, wurde gar vom algerischen Staatspräsidenten bei seinem Besuch in Frankreich im Juni 2001 als „natürliches Recht“ bezeichnet. Zugleich ist sie auch Schutz ge-

gen eine nur bei Ausländern mögliche Abschiebung in eine nicht geliebte Ursprungsheimat.

Diese durchaus auch instrumentelle Beziehung der Algerier zur französischen Staatsangehörigkeit beeinflusst in gewisser Weise auch die Haltung der übrigen Gruppen muslimischer Religionszugehörigkeit oder Kultur: Sie fühlen sich als Franzosen, sind als Arbeitskräfte weitestgehend integriert, wissen um ihre politischen, sozialen und nicht zuletzt gewerkschaftlichen Rechte. Es wäre deshalb falsch, nur den utilitaristischen Aspekt sehen zu wollen. Dahinter steht auch eine Identifikation mit der französischen Gesellschaft und ihren republikanischen Werten, so dass auf die Migranten jene Formel von Ernest Renan zutrifft, wonach die Nation ein tägliches Plebiszit ist und eine „Seele“ hat, die auf dem gemeinsamen Besitz einer reichen Überlieferung von Erinnerungen und Konsens basiert und dem Wunsch nach gemeinsamen Leben entspricht. Und so löst sich ein scheinbares Kuriosum: Der Islam wird so zu einer kompensatorischen kollektiven Identität. Man kann Franzose werden, gerade weil man seiner kulturell-religiösen Ursprungsgemeinschaft treu bleibt, indem man seine muslimische Identität sichtbar macht. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint die Forderung nach Institutionalisierung des Islam als einer in Frankreich präsenten Religion als die Folge einer Integration, die die Ursprungsnationalität marginalisiert und entdramatisiert hat. Der gleichzeitige Besitz zweier Staatsangehörigkeiten stört die Entwicklung dieses spezifischen Staatsbürgerschaftsgefühls ganz offensichtlich nicht.

Die aus der Immigration hervorgegangenen Gruppen haben sehr schnell gelernt, ihre Wählerstimmen als Block zu verwenden, um Gegenleistungen in Form von Sozialhilfe und Beschäftigungsangeboten zu erhalten, Verhaltensweisen, die sie sowohl auf lokaler, regionaler wie nationaler Ebene gezielt und instrumentell einsetzen. Dies heißt nichts Anderes, als dass (1) das Funktionieren demokratischer Prozesse begriffen wurde und strategisch-instrumentell genutzt wird, und dass (2) solche Partizipation das Einlassen auf und die Akzeptanz der Spielregeln der Demokratie und ihrer Unwägbarkeiten signalisiert. Ferner ist erhellend, dass diese Klientel keineswegs, was naheliegend erscheinen könnte, tendenzielle Protestparteien wie etwa die Grünen oder die KP wählen, sondern in signifikanten Mehrheiten die Sozialisten, was ein Identifikationsbedürfnis mit dem politischen Spektrum der linken Mitte signalisiert.

Verdeutlicht wird dieser Befund durch eine Umfrage des französischen Meinungsforschungsinstituts IFOP (*Institut Français de l'Opinion Publique*) von Ende September vergan-

genen Jahres,⁴ also unmittelbar nach den Terroranschlägen des 11. September 2001. Diese repräsentative Studie vergleicht die Einstellungen und Meinungen der muslimischen Bevölkerung mit denen der Gesamtbevölkerung. Dieselbe Befragung war bereits in den Jahren 1989 und 1994 durchgeführt worden, so dass sich interessante Vergleiche ziehen und Langzeitentwicklungen verfolgen lassen.

Die Ergebnisse der Untersuchung ließen sich auf den nur scheinbaren Hauptnenner bringen: Integration ohne Säkularisierung. Insofern entsprächen sie durchaus der Haltung des Großteils der (katholischen) Bevölkerungsmehrheit. Diese zentrale Aussage wird gestützt durch die z. T. bemerkenswerten, ja auf den ersten Blick überraschend erscheinenden Teilergebnisse, von denen einige hier zur Untermauerung der These genannt werden sollen: 36% der muslimischen Befragten erklären, dass sie „gläubig und praktizierend“ sind (gegenüber nur 27% im Jahre 1994). Andererseits sinkt die Zahl derjenigen, die sich „muslimischer Herkunft“ nennen, von 20% im Jahre 1989 auf 16% in 2001. 33% der Befragten (gegenüber 31% im Jahre 1994) beten täglich; 20% (gegenüber 16%) gehen freitags regelmäßig in die Moschee. Der Fastenmonat Ramadan wird von 70% der Befragten eingehalten (1994 und 1989: 60%), bei den Frauen von 73%. Die höchsten Werte liegen in den Altersgruppen über 55 Jahren (84%) und unter 24 Jahren (74%). Die Religiosität steigt also nicht parallel zum Lebensalter. Allerdings praktizieren die algerischstämmigen Muslime weit weniger ihre Religion als die Muslime, die aus Marokko, Tunesien oder der Türkei stammen. Hier liegt die Vermutung nahe, dass diese Befragten tendenziell sicher im Gegensatz zu den algerischstämmigen noch im (KO-) Besitz ihrer Ursprungsnationalität sind. Im Sinne der weiter unten geführten Argumentation wäre dies eine wichtige Hypothese, über die das Material der Studien leider keinen Aufschluss gibt. Die Dauer des Aufenthalts in Frankreich erweist sich nicht als deckungsgleich mit der Aufgabe von Glauben und religiöser Praxis. Gleichzeitig zeigt die Studie, dass in der sich herausbildenden Mittelschicht der (ehemaligen) Migranten die Zahl der praktizierenden Muslime größer ist als die der nicht Praktizierenden, sozialer Aufstieg also keineswegs parallel verläuft zu einer Säkularisierung. Insgesamt hat also die Religiosität einen höheren Stellenwert erreicht, als dies in den Jahren 1994 und 1989 der Fall war.

Außerordentlich aufschlussreich sind die Antworten der Befragten in Bezug auf acht Schlüsselwörter, die sie mit dem Islam (!) assoziieren. Bei den muslimischen Befragten rangieren

⁴ Die Umfrage wird jeweils in Auftrag gegeben von der Tageszeitung *Le Monde*, der Wochenzeitung *Le Point* und dem Rundfunksender *Europe 1*. Die wesentlichen Ergebnisse werden hier zitiert nach *Le Monde* 5. Oktober 2001, S. 10 und 11.

am höchsten: Gerechtigkeit (38%), Freiheit (22%) und Demokratie (11%). Bei der Gesamtbevölkerung assoziieren mit großem Abstand von allen anderen Schlüsselwörtern 22% der Befragten mit dem Islam „Fanatismus“. Jedoch: Trotz der nur wenige Tage zurückliegenden Anschläge des 11. September, ist diese Nennung gegenüber noch 37% im Jahre 1994 erheblich zurückgegangen. Die zunehmende Akzeptanz religiöser Zusammenlebens in Frankreich zeigt sich ferner an der Einstellung zum Bau von Moscheen: Die Zahl derjenigen, die dies ablehnen ist in den sieben Jahren seit der vorangegangenen Umfrage von 38% auf 22% innerhalb der Gesamtpopulation gesunken.

Und wie nehmen die Muslime ihre eigene Religion und sich selbst wahr im Kontext des 11. September und der im Zusammenhang mit diesen Anschlägen entfachten Hysterie?⁵ Gerade mit Blick auf die Identifikation der Muslime mit dem eigenen Glauben und dessen Interpretation ist die aktualitätsbezogene Frage nach der Einstellung der befragten französischen Muslime zu den Anschlägen des 11. September höchst aufschlussreich: 90% dieser Gruppe identifizieren sich mit dem Satz „*Die Autoren solcher Anschläge können sich nicht Muslime nennen, denn der Islam ist eine Religion des Friedens und der Toleranz*“. Und 70% der französischen Muslime (gegenüber 92% der Gesamtbevölkerung) befürworten eine französische Unterstützung für die Zerschlagung terroristischer Netzwerke, obwohl gleichzeitig 68% der Muslime „*verstehen können, dass die amerikanische Nahostpolitik die islamistischen Extremisten zu dieser Tat veranlassen konnte.*“

Schließlich gibt auch das „Ranking“ von Politikern Aufschluss über die Einstellung der muslimischen Befragten zum politischen System, in dem sie leben: Ganz oben in der Beliebtheitskala liegen der französische Staatspräsident Jacques Chirac (67%) und Ministerpräsident Lionel Jospin (66%). Am untersten Ende der Skala landen Usama bin Laden (12%) und (immerhin!) Ariel Sharon mit 9%. Bei der Befragung des Jahres 1994 schnitt der damalige Präsident des algerischen Militärregimes als Zweitschlechtester ab, während François Mitterrand 74% erzielte.

⁵ So versuchte der Vorsitzende des rechtsradikalen *Mouvement National Républicain*, Megret, aus diesen Ereignissen politisches Kapital zu schlagen, indem er sich eigens nach Moussais-la Bataille in der Nähe von Poitiers begab, wo sich 732 n. Chr. die Schlacht zwischen den Sarazenen und Karl Martell abgespielt haben soll, um zu erklären: „Die Bedrohung Nummer eins ist der Islam ... Die Schlacht von Poitiers war der Zusammenprall zweier Kulturen, der europäisch-christlichen mit der arabisch-islamischen. ... Dieser Zusammenstoß ist leider nicht beendet, denn der Islam ... ist wieder erwacht. Er hat eine neue demographische, politische und religiöse Vitalität gewonnen. Er nimmt in blutiger und dramatischer Form seine Offensive wieder auf. Getreu den Vorschriften des Islam versucht er sich auf neuen Territorien durchzusetzen, wo immer er kann.“ (zit. n. Le Monde, 2. Okt. 2001).

Die hohen Sympathiegrade für die obersten Repräsentanten der französischen Republik können, ebenso wie die hohe Rangigkeit von Werten wie Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie, eindeutig verstanden werden als Identifikation mit dem politischen System und der politischen Kultur Frankreichs, gerade auch wenn sie als Werte bezeichnet werden, die dem Islam eigen sind. Und: Die muslimische Bevölkerung Frankreichs stellt ein wichtiges Wählerpotential dar. So ist es kein Zufall, dass die „Ausländerfrage“, die es in Frankreich nicht in der Form wie in Deutschland geben kann, in den Wahlprogrammen und Wahlreden der Spitzenkandidaten für die Präsidentschaftswahlen Chirac und Jospin nicht vorkommt, genauso wenig wie etwa bei Chevènement oder gar der populären trotzkistischen Arlette Laguiller. Selbst der Rechtsaußen des bürgerlichen Lagers und Vorsitzende des *Rassemblement pour la France*, Charles Pasqua, der in der Mitte-Rechts-Regierung von Balladur Innenminister war, wettet zwar gegen die illegale Einwanderung, kulturrassistische Thesen vermeidet auch er. Dieses Thema wird allein von der rechtsradikalen *Front National* Le Pens und dem davon abgespaltenen *Mouvement National Républicain* Megrets besetzt.

Wahlkampfthema sind allerdings die Probleme in den Vorstädten der französischen Ballungszentren, wo Delinquenz, Vandalismus, Defizite der Infrastruktur, Gewalt in Schulen und mangelnde Bildungseinrichtungen den Alltag prägen. In guter Wahlkampfrhetorik versprechen die Kandidaten, hier Abhilfe zu schaffen, jedoch ohne die ethnisch-religiöse Zusammensetzung dieser sozialen Brennpunkte zu benennen. Solche Wahlkampfversprechungen dürften nicht nur auf die Ängste der Mehrheitsfranzosen zielen, sondern genauso auf die Hoffnungen der betroffenen Bevölkerungsteile, um deren Stimmen damit geworben wird: Die Ergebnisse der IFOP-Umfrage dürften den Kandidaten wohl bekannt sein.

Die Rückblende auf den französischen Staat und sein laizistisches Selbstverständnis sind die Folie, auf deren Hintergrund diese Ergebnisse zu interpretieren sind: Religionsgemeinschaften können, da sie in Frankreich nicht öffentlich-rechtlich institutionalisiert sind, nicht als Gesprächs- und Verhandlungspartner mit dem Staat auftreten. Dies gilt umso mehr für die Muslime, da sie unterschiedlichen islamischen Rechtsschulen anhängen und es keinen Klerus und somit ganz im Gegensatz zum Katholizismus keine oberste repräsentative Instanz gibt. Zur Lösung der sozialen Probleme in den Vorstädten, die eng verbunden sind mit der nordafrikanischen Herkunft der (meist arbeitslosen) Jugendlichen und ihrer spezifischen partikularen Kultur der „beur“, entstanden im „zivilgesellschaftlichen“ Bereich eine Vielzahl von Vereinigungen, die als Mittler zwischen diesen Milieus und den kommunalen und staatlichen

Behörden eine Art von de-facto-Kommunitarismus entwickelten und zunehmend erfolgreich die sich in ethno-religiöser Form artikulierenden Konflikte entschärfen.

Die Situation der aus der Immigration hervorgegangenen Muslime in Frankreich (aber auch in Großbritannien) muss auch verstanden werden vor dem Hintergrund der Tatsache und dies ist ein fundamentaler Unterscheid zur Immigration in Deutschland -, dass es psychologisch zumindest schwierig ist, die Staatsangehörigkeit des früheren Kolonisators und Unterdrückers anzunehmen. Eine Kompensation erscheint möglich durch die Betonung einer eigenen Identität innerhalb der für den dauerhaften Lebenszusammenhang gewählten Nation und durch den Erwerb von sozialem Status durch Besitz und berufliche Stellung. Um wie viel hätte es da leichter sein müssen, durch die Anerkennung von Multikulturalität eine „sanfte“ Integration der (vor allem türkischen) Immigranten in Deutschland zu erreichen. Mit anderen Worten: die frühe rechtliche Gleichstellung hätte Abgrenzungen und die Bildung von Gegen-Identitäten in hohem Maße verhindern können.

Sind Integration in Form von sozialer Integration, beruflichem Aufstieg und geschäftlichem Erfolg die erstrebenswerten Normen der Migranten und dies sind sie offensichtlich, wenn man die reale soziale Entwicklung und die von diesen Menschen bekundeten Wertvorstellungen betrachtet - dann kann solche Integration auch erscheinen als Kompensation für den Verlust der Ursprungs-Staatsangehörigkeit und die Selbstbestätigung in einem neuen sozio-ökonomischen und politischen System. Von diesem Blickwinkel aus gesehen, erscheinen der Islam und das Bekenntnis zu ihm in einem anderen Licht: Die Angehörigen der zweiten und dritten Generation bestätigen sich durch ihr religiöses Bekenntnis als Individuen und Subjekte. Gerade deshalb ist es eben nicht möglich ist, diese Gruppen von Menschen unter islamwissenschaftlichen oder theologischen Kriterien zu erfassen oder sie als Türken, Algerier, Tunesier, Marokkaner etc. zu kategorisieren. Die religiösen Artikulationen erscheinen als nichts Anderes denn als mögliche Varianten eines modernen Individualismus. Voraussetzung für den Erfolg eines solchen Prozesses ist allerdings, dass die Existenz dieser neuen kulturellen Identitäten und religiöser Artikulationen in der Mehrheitsgesellschaft Akzeptanz findet und schließlich zur Selbstverständlichkeit wird, wie es die (mehr oder weniger praktizierte) Religionszugehörigkeit christlicher Varianten hierzulande bereits ist.

Staatsbürgerschaft in Sinne der hier vertretenen Argumentation ist mehr als Staatsangehörigkeit. Dies ergibt sich nicht nur aus einem republikanischen Staatsverständnis. Überdeutlich

zeigen die oben erwähnten empirischen Befunde aus Frankreich, dass das Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichen Kulturräumen und unterschiedlichen Glaubens auf der Basis gemeinsamer politischer Normen möglich ist. Staatsbürgerschaft ist das Bekenntnis zu einem territorialen, historischen und pluralen Ganzen, das auf gemeinsamen Werten und wechselseitiger Toleranz basiert und auch die Integration der jeweiligen nationalen, religiösen und/oder kulturellen Spezifika in einem geeinten Europa erleichtert und auf eine neue, gemeinsame Ebene hebt. Zugleich muss erkannt, akzeptiert und juristisch geregelt werden, dass solche Staatsbürgerschaft auch die vollen politischen! Rechte zur Gestaltung der *res publica* und die Rechtssicherheit auf Basis der absoluten Gleichheit einschließt. Die Akzeptanz und Herstellung solcher Gleichheit in der Differenz könnte eine katalysatorische Funktion haben auch für die Entwicklung einer europäischen Staatsbürgerschaft, die selbst nur auf multikultureller Grundlage zu haben sein wird.